

Berichte

2010

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

3

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Veranstaltungen und Fortbildung
2	Wer zahlt die Zeche? Der Besteller! Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand	10	Difu-Fortbildungsprogramm 2011 Neues Jahr – neue Themen – neuer Ort
	Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	11	Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte 2010/2011
4	Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen	12	Difu-Ansprechpartnertreffen 2010 in Berlin
5	Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz	13	20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz. Kritische Würdigung, Bilanz und Ausblick
6	Der Wettbewerb Groß-Berlin 1910 im internationalen Kontext	15	Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet
7	Difu-Jahresbericht 2009 online	16	Difu aktiv
	Neue Projekte	17	Difu-intern: Abschied und Neubeginn
7	Raumordnungsplanung und kommunale Planungshoheit	18	Mediennachlese
8	Finanzierung von Infrastruktur	19	Impressum
8	CircUse – Circular Flow Land Use Management	20	Bestellschein
9	Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen		

Wer zahlt die Zeche? Der Besteller!

Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand



Ass. iur. Stefanie Hanke

Entsprechend einer seit langem bestehenden Forderung der kommunalen Spitzenverbände wurde in den letzten Jahren das strikte Konnexitätsprinzip in allen Landesverfassungen verankert. Dieses bildet einen Baustein innerhalb des Finanzverfassungssystems, der der angespannten Haushaltslage der Kommunen entgegenwirken kann, zumindest wenn man ihn ernst nimmt. Danach gilt das Motto „Wer bestellt, bezahlt“: Wenn ein Land eine Aufgabe auf die kommunale Ebene überträgt, muss es eine Regelung über die Deckung der Kosten treffen und die mit der Aufgabenübertragung einhergehenden Mehrbelastungen der Kommunen ausgleichen. Die Konnexitätsregeln zielen also darauf, die durch die Aufgabenübertragung verursachte Kostenbelastung der Kommunen und die damit einhergehende Gefährdung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben zu verhindern. Diese dem Verursacherprinzip (und dem Transparenzgebot) verpflichteten Regeln haben nicht nur eine Schutzfunktion für die Kommunen, sondern zudem auch eine Warnfunktion gegenüber den Ländern.

Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis

Soviel zur Theorie, nun zur Umsetzung: Bisher hat die Handhabung der neuen Finanzierungsregeln nur unbefriedigend funktioniert. Streit entfachte sich etwa aufgrund der Verpflichtungen des KiföG (Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr), der Einführung der doppischen Buchführung und der Aufgabenkommunalisierung. Was sind die Gründe dafür? Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Länder aus eigenen Interessen den Kostenausgleich vernachlässigen. Sie zeigen erstaunliche Kreativität, indem sie etwa konnexitätsrelevante Regelungen durch eine ausufernde Erlasspraxis vermeiden (z.B. „Ganztagsoffensive“, NRW), auf freiwilliger Basis Anschubfinanzierungen ohne Langzeitkonzept leisten (z.B. Senioren-Servicebüros in Niedersachsen) oder auf den Bundesgesetzgeber Einfluss nehmen.

Dreh- und Angelpunkt ist deshalb die korrekte Befolgung der Konnexitätsregeln. Daran mangelt es bisher noch oder aber sie erfolgt uneinheitlich (was nur teilweise auf die Wortlautunterschiede in den Landesverfassungen zurückzuführen ist). Daher ist

auch in Zukunft mit Rechtsunsicherheit und der Zunahme von oft langwierigen, gerichtlichen Verfahren zu rechnen, was die Aufgabenerfüllung der Kommunen erschwert. Es lässt sich kaum behaupten, dass die Kommunen nunmehr vor den mit Aufgabenübertragungen verbundenen unkalkulierbaren Belastungen gefeit seien. Das wären sie jedoch bei einer einheitlichen und richtigen Auslegung des Konnexitätsprinzips, wie nachfolgend anhand zentraler Aspekte verdeutlicht wird.

Gegenstand des Konnexitätsprinzips

Das Konnexitätsprinzip setzt eine Aufgabenübertragung durch das Land voraus. Die Ländersicht ist diesbezüglich, dass weder die Übertragung von Aufgaben mit organisatorischem Inhalt noch das Stellen besonderer Anforderungen an bestehende Aufgaben („Standartherhöhungen“ wie etwa die Betreuungsquote in Kindertagesstätten) finanziell auszugleichen sind. Zumindest Letzteres kann nicht für die Bundesländer akzeptiert werden, deren Konnexitätsregeln eine Erweiterung für genau diese Fälle enthalten: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen. Aber auch sonst gibt es keinen einleuchtenden Grund – befasst man sich mit der Idee des Prinzips – für die vorgenommenen Differenzierungen. Auch wer keine Sach-, sondern Organisationsaufgaben oder bestimmte Standards „bestellt“, muss diese bezahlen.

Überstrapazierung der „Verursachung“

Die Anwendbarkeit des Konnexitätsprinzips wird insbesondere bei Mehrebenenkonstellationen, in denen die betreffende Aufgabe durch das Europa- oder Bundesrecht determiniert wird, in Frage gestellt. Dies wird damit begründet, dass es in solchen Fällen an der Voraussetzung einer Verursachung der Kostensteigerung durch die Länder fehle.

Aufgrund des verfassungsrechtlichen Aufgabenübertragungsverbots (Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG) regelt der Bund nunmehr neue Verpflichtungen im materiellen Recht nur noch ohne Nennung der Kommunen, auch wenn diese die Aufgabe, auf die sich die Verpflichtung bezieht, bisher wahrgenommen haben. Selbst wenn ein Land in einem solchen Fall eine die bundesrechtliche Regelung erset-

zende landesrechtliche Zuständigkeitsnorm schafft, lehnen einige Gerichte eine „Verursachung durch das Land“ ab. Grund dafür ist oft, dass das Erfordernis der Verursachung in der Weise überinterpretiert wird, dass dazu ein „eigener Entscheidungsspielraum“ des Landesgesetzgebers bei der Aufgabenübertragung gefordert wird. Vom Wortlaut der Konnexitätsregeln ist dieses jedoch in keiner Weise gedeckt. Zudem würde bei dieser Sicht das gegenüber dem Bund geltende Aufgabenübertragungsverbot seinen Zweck verfehlen, denn Verbot und landesrechtliche Konnexitätsregeln bilden ein System: Die Regeln greifen stets dann, wenn der Bund aufgrund des Verbots an einer Aufgabenübertragung an die Kommunen gehindert ist.

Kostenermittlung und Selbstkorrektur

Auch bei der Ermittlung der bei den Kommunen entstehenden Kosten gibt es von Seiten der Länder Ungenauigkeiten. Abhilfe kann hier eine Besinnung auf den Sinn und Zweck der Konnexitätsbestimmungen schaffen: Die Kommunen sollen nicht mit originären Ausgaben des Landes belastet werden. Diese nachvollziehbar zu ermitteln, ist deshalb eine Pflicht des Gesetzgebers. Damit hat sich im Frühjahr 2010 der Verfassungsgerichtshof (VerfGH) NRW in vier Urteilen befasst. Gegenstand war die Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts sowie der Versorgungsverwaltung. Zwar hat der VerfGH die Kommunalverfassungsbeschwerden zurückgewiesen, allerdings mit der Begründung, dass die landesgesetzgeberische Kostenfolgenabschätzung den Anforderungen unter den gegebenen Umständen, nämlich dem Neuland hinsichtlich des Konnexitätsprinzips, noch gerecht wird. Dieses gilt auch nur deshalb, weil der Landesgesetzgeber aufgrund des Konnexitätsprinzips zu „einer Überprüfung seiner Ansätze und gegebenenfalls zur Selbstkorrektur“ verpflichtet ist. Dabei muss er auch die von ihm selbst gesetzten Maßstäbe (Konnexitätsausführungsgesetz) beachten und im Einzelnen nachvollziehbar offen legen.

Mehrbelastungsausgleich

Kommt es trotz Kostendeckungsregelung zu einer Mehrbelastung der kommunalen Haushalte, so hat das Land diese auszugleichen. Dabei wird meist vorausgesetzt, dass die Mehrbelastung „wesentlich“ sein muss, obwohl nur die Landesverfassungen Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen diesen Begriff ausdrücklich verwenden. Er führt aufgrund seiner Unbestimmtheit in der Praxis oft zu Meinungsverschiedenheiten. Im Ergebnis kann der Begriff aufgrund seiner Entstehungsgeschichte aber nur im Sinne einer Bagatellgrenze verstanden werden. Kriterien

dafür sind damit die Dauer und Intensität der Inanspruchnahme kommunaler Ressourcen. Diese Bagatellgrenze kann jedoch nicht für die Länder gelten, in denen die Verfassung den Begriff der Wesentlichkeit gar nicht verwendet. Hier ist von einer bewussten Entscheidung dagegen auszugehen.

Rettung des kommunalen Haushalts?

Das Konnexitätsprinzip muss künftig von allen Beteiligten richtig verstanden und dementsprechend umgesetzt werden. So darf die Voraussetzung der „Verursachung durch das Land“ nicht überspannt werden. Es geht dabei nicht – wie etwa im Strafrecht – um ein haftendes Zur-Verantwortung-Ziehen, sondern um die Zuordnung von Aufgabenfinanzierung. Unter Zugrundelegung dieses Verständnisses stellen die Konnexitätsregeln ein umfassendes, am Status quo orientiertes Verschlechterungsverbot dar. In Zukunft sollte auch nicht mehr von dem Konnexitätsprinzip, sondern stattdessen von den Konnexitätsregeln gesprochen werden. Durch ein Prinzip sollen bestimmte Ziele lediglich möglichst weitgehend verwirklicht werden, die Konnexitätsregeln gelten jedoch strikt.

Zudem sollte der Schutz der kommunalen Interessen schon in einem Stadium vor den erst nachträglichen und langwierigen Gerichtsprozessen gewährleistet werden, etwa durch rechtlich verbindliche Konsultationsverfahren. Dazu hat der VerfGH NRW festgestellt, dass die kommunalen Spitzenverbände auf der Grundlage einer nachvollziehbaren Abschätzung durch das Land in die Lage versetzt werden müssen, im Verfahren der Kostenermittlung einen konsensorientierten, partnerschaftlichen Dialog mit dem Land führen zu können.

An die Länder ist zu appellieren, dass sie nicht in der Weise wie bisher eine gerichtliche Auseinandersetzung provozieren sollten, indem sie die Konnexitätsregeln nicht ernst nehmen. Schließlich waren es die Landesverfassungsgeber, die die Konnexitätsregeln selbst geschaffen haben und zwar auch aus eigenen Interessen. Denn auch den Ländern kann nicht an einer Verschuldung der Gemeinden gelegen sein.

Das Konnexitätsprinzip kann die Kommunen aus ihrer finanziellen Not nicht retten, aber zumindest eine Verschärfung vermeiden. Daneben aber müssen die Kommunen in Zukunft durch eine grundsätzliche Umgestaltung des Finanzverfassungssystems finanziell auf sicheren und verlässlich starken Beinen stehen, um ihren Aufgaben weiterhin gerecht werden zu können.

Tipps zum Weiterlesen:

- André Röhl. Konnexitätsprinzip und Konsultationsverfahren als Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung: Zu Grundlagen, Inhalten und Entwicklungen des Konnexitätsprinzips, Frankfurt 2006.
- Thomas Ammermann. Das Konnexitätsprinzip im kommunalen Finanzverfassungsrecht, Baden-Baden 2007.
- Klaas Engelken. Das Konnexitätsprinzip im Landesverfassungsrecht: Die Kommunen und Aufgabenübertragungen durch die Länder, Baden-Baden 2009.
- der städtetag. Konnexität, Heft 2, 2008.

Veranstaltungshinweis

Am 1. Dezember 2010 veranstaltet das Difu in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag die Tagung „Wer zahlt die Zeche – Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand.“

Weitere Informationen zur Tagung:

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2010-12-01/wer-zahlt-die-zeche-das-konnexitaetsprinzip-auf-dem.html>

Ass. iur. Stefanie Hanke, LL.M.
Telefon: 030/39001-157
E-Mail: hanke@difu.de

Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen

Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften

Wohnungsgenossenschaften sind wichtige Partner der Kommunen bei der Bewältigung von Aufgaben im stadtentwicklungs-, wohnungs- und sozialpolitischen Themenspektrum. Sie sind aber auch sehr von kommunalpolitischen Entscheidungen abhängig, die unmittelbaren Einfluss auf ihre Geschäftstätigkeit ausüben können. Beide Seiten sehen daher eine Intensivierung der Zusammenarbeit als notwendig an. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse zweier Befragungen, die das Difu im Rahmen eines Forschungsvorhabens im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) durchgeführt hat.

Unter der Überschrift „Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen“ widmete das BMVBS in den vergangenen Jahren dem genossenschaftlichen Wohnen und seinen Wirkungen auf gesellschaftliche, wohnungswirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Entwicklungen besondere Aufmerksamkeit. Zu diesen Aktivitäten ist maßgeblich die Arbeit der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften zu zählen, die eine Bestandsaufnahme des genossenschaftlichen Wohnens in Deutschland vornahm und wichtige Handlungsfelder wie die Mitgliederentwicklung, die Bestandspflege und die Finanzstruktur analysierte. 2004 legte sie ihren Abschlussbericht vor, der auch eine Vielzahl von Empfehlungen an die Wohnungsgenossenschaften, an die wohnungswirtschaftlichen Verbände sowie an die Politik enthält.

Den Schwerpunkt des Forschungsvorhabens, mit dem das Difu 2008 beauftragt wurde, bildete die Evaluierung dieser Empfehlungen. Gemeinsam mit Prof. Stephan Beetz (Hochschule Mittweida) wurde untersucht, welche Wirkungen die Expertenkommission und weitere Aktivitäten des Bundes auf die Stärkung und Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Wohnens hatten und inwieweit dadurch die öffentliche Wahrnehmung der Leistungen von Wohnungsgenossenschaften verbessert wurde. Einen der Untersuchungsschwerpunkte bildete dabei die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wohnungsgenossenschaften.

In den meisten Städten Deutschlands sind Wohnungsgenossenschaften wichtige Wohnungsmarkttakteure. Durch ähnliche Zielsetzungen und Interessenlagen gibt es viele Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit mit Kommunen. Die Expertenkommission arbeitete in ihrem Bericht die Potenziale für eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wohnungsgenossenschaften in zentralen Handlungsfeldern heraus. Die Ergebnisse der Befragung der Genossenschaften und der Difu-Kommunalbefragung 2008 zeigen übereinstimmend, dass seitens der Kommunen die Potenziale der Genossenschaften für die Stadtentwicklung gesehen werden und bei Genossenschaften die Bereitschaft besteht, sich über die Entwicklung der eigenen Bestände hinaus „im Quartier“ zu engagieren, jedoch regional unterschiedlich ausgeprägt.

Die Zusammenarbeit erfolgt meist themenbezogen, seltener strategisch-konzeptionell. Wichtigste Themen für eine Kooperation sind in den neuen Ländern der Stadtumbau, in den alten die soziale Wohnraumversorgung und lageübergreifend die Quartiersentwicklung. Defizite zeigen sich bei der Einbindung von Wohnungsgenossenschaften in die kommunale Planungspraxis. Die Einschätzungen zu Potenzialen und Grenzen der Zusammenarbeit zeichnen ein heterogenes Bild, das von den allgemeinen Wohnungsmarktverhältnissen, dem Marktanteil der Wohnungsgenossenschaften und konkreten Erfahrungen auf Akteurebene beeinflusst ist. Insgesamt ist ein wachsendes Interesse an einer stärkeren Zusammenarbeit feststellbar. Dieses Interesse schließt – unter Beachtung des genossenschaftlichen Prinzips der Mitgliederförderung – die Mitwirkung an der Erstellung integrierter Stadtentwicklungskonzepte und der Umsetzung von Maßnahmen beim Stadtumbau und der Quartiersentwicklung ein. Es bezieht sich auch auf die soziale Wohnraumförderung und Vereinbarungen zu Belegungsrechten sowie die Integration von Zuwanderern. Der Evaluierungsbericht, *der in Kürze als BBSR-Online-Publikation erscheinen wird*, kommt zu dem Schluss, dass der Kooperation von Wohnungsgenossenschaften und Kommunen angesichts der vielfältigen Potenziale künftig noch größere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

BMVBS-Online-Publikation 14/2010:

„Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens“, in Kürze abrufbar unter:

<http://www.difu.de/publikationen/2010/aktivierung-von-potenzialen-genossenschaftlichen-wohnens.html>

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: jekel@difu.de

Ressource Wasser: Klima- anpassung und Energieeffizienz

Dokumentation des IBA-Labors veröffentlicht

Die Stadt der Zukunft wird auf ganz neue Weise ihr Wasser und Abwasser, ihre Abfälle und Energie organisieren. Nur eine zukunftsweisende Stadttechnik kann adäquat auf den Klimawandel und die steigenden Preise für Energie und Rohstoffe reagieren. Das in der Freien und Hansestadt Hamburg im November 2009 durchgeführte IBA-Labor zum Thema „Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz“ widmete sich genau dieser Thematik. Das Projekt entstand in Kooperation mit dem Forschungsverbund netWORKS.

Rund hundertfünfzig Fachleute diskutierten zukunftsweisende Wege mit Wasser umzugehen und beleuchteten dies am Beispiel des geplanten Stadtquartiers „Klimahäuser Haulander Weg“. Im Rahmen des 500 Wohneinheiten großen Bauprojekts soll die Verwendung von Trinkwasser auf die unbedingt notwendigen Nutzungen beschränkt werden, so der Vorschlag von netWORKS. Bei der Abwasserentsorgung sollen unter anderem die Potenziale der Anwendung neuartiger Sanitärsysteme Berücksichtigung finden. Das Konzept beinhaltet auch die Nutzung von aufbereitetem Betriebs- und Regenwasser, des thermischen Energiepotenzials des häuslichen Abwassers sowie einen weitgehenden Verzicht auf klassische Schwemmkanalisation.

Um ein solches Konzept erfolgreich zu planen, bedarf es des frühzeitigen Zusammenwirkens von Architektur und Stadtplanung, Landschaftsplanung und Siedlungswasserwirtschaft. Ein solcher Nachweis musste im städtebaulich-freiraumplanerischen Workshopverfahren der IBA-Hamburg von den sich bewerbenden Planungsteams erbracht werden. Daher stand diese Vorplanungsphase auch im Zentrum des IBA-Labors und wurde im Rahmen von Workshops vertieft.

Der Siegerentwurf eines Hamburger Architektenteams wurde inzwischen der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel des wasserbaulichen Konzepts ist die weitgehende Kreislaufführung des Wassers im Gebiet. Dazu ist ein Bündel von Maßnahmen vorgesehen, die vereinzelt bereits im ökologischen Stadtbau erprobt wurden, in dieser Kombination jedoch einzigartig sein dürften.

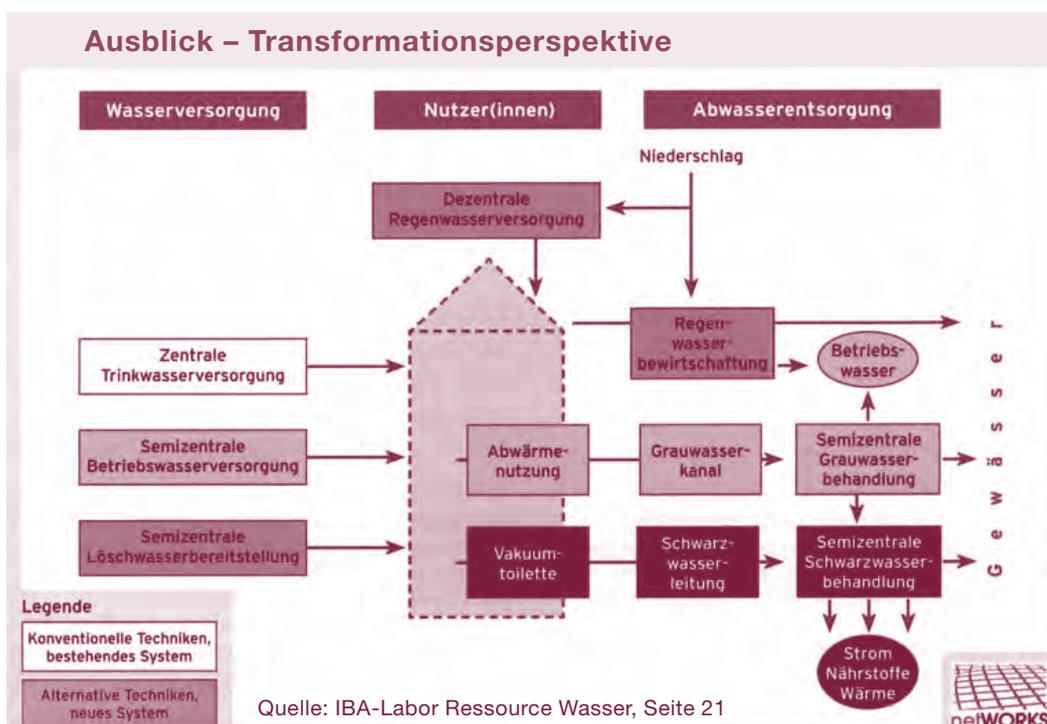
Die Dokumentation der Veranstaltung kann bei der IBA Hamburg oder beim Deutschen Institut für Urbanistik bezogen werden. Zudem steht sie zum Download auf den Internetseiten des Forschungsverbundes netWORKS.



Download der Veröffentlichung und weitere Informationen zum Projekt netWORKS:

<http://www.networks-group.de/veroeffentlichungen>

IBA Hamburg:
<http://www.iba-hamburg.de>



Weitere Informationen:
Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Der Wettbewerb Groß-Berlin 1910 im internationalen Kontext



Die neue Ausgabe der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)“ widmet sich in ihrem Themenschwerpunkt dem berühmten Städtebau-Wettbewerb Groß-Berlin von 1910 und beleuchtet dessen bisher wenig beachtete internationale Zusammenhänge. Die verantwortlichen Herausgeber Harald Bodenschatz (TU Berlin) und Christoph Bernhardt (Leibniz-Institut IRS Erkner) verweisen in ihrem Leitartikel auf die historisch herausragende Qualität der Wettbewerbsbeiträge, die neueste Trends im Städtebau, historisches Wissen und sektorale Fachplanungen souverän integrierten. Die besonderen Strukturen der internationalen Vernetzung herauszuarbeiten, die von einzelnen führenden Protagonisten wie etwa Werner Hegemann geprägt wurden, sei auch mit Blick auf heutige Debatten von einiger Relevanz. So seien einige der 1910 diskutierten Grundsatzfragen, wie zum Beispiel das Verhältnis von öffentlichem und privatem Städtebau, derzeit wieder hochaktuell.

In dem nachfolgenden Beitrag skizziert Wolfgang Sonne (Dortmund) die Polyphonie und Konvergenz der Fachdebatten in Europa und den USA an dem paradigmatischen Beispiel des Konzepts „Stadtbaukunst“, in dem die funktionalen und die ästhetischen Dimensionen des Städtebaus konsequent gleichrangig behandelt wurden. William Wyte (London) zeigt am Beispiel der im gleichen Jahr in London abgehaltenen Konferenz des Royal Institute of British Architects (RIBA) die dabei auftretenden erheblichen Interessensdivergenzen. So bestimmten nicht zuletzt innerbritische Rivalitäten auf dem Feld der Stadtplanung die Debatten dieser internationalen Tagung, auf der das Verfahren sowie einige Ergebnisse des Berliner Wettbewerbs durchaus offen kritisiert wurden. Weitaus

mehr Aufmerksamkeit erhielt nicht nur auf der Londoner Konferenz der Burnham Plan für Chicago, dessen besondere Qualitäten Barbara Schönig (Darmstadt) erläutert. Hier betrachtete der einflussreiche private „Commercial Club“ die planerische Überwindung der schweren urbanen Krise geradezu als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Markus Tubbesing (Zürich) kann in seinem Beitrag am Beispiel des preußischen Oberbaudirektors Hinckeldeyn nachweisen, dass die von zeitgenössischen Reformern viel gescholtene preußische Bauverwaltung die internationalen Fachdebatten schon seit den 1880er Jahren aufmerksam verfolgte. Ursula von Petz (Dortmund) zeigt am Beispiel des Essener Regionalplaners Robert Schmidt, dass auch im Ruhrgebiet wegweisende planerische Konzepte entwickelt wurden. Weitere Beiträge von Harald Bodenschatz/Celina Kress und Phillip Wagner (Berlin) informieren über die für den Herbst 2010 vorbereitete, mit einer internationalen Konferenz verbundene große Berliner Ausstellung „Stadtvisionen 1910/2010“ sowie über ein Forschungsprojekt zum internationalen Netzwerk der Stadtplaner im frühen 20. Jahrhundert.

Die Leitzension Wolfgang Hofmanns (Berlin) analysiert schließlich zwei wegweisende neue Publikationen über Werner Hegemann und andere führende Akteure der Städtebaudebatte um 1910.

Das aktuelle Heft der Informationen zur modernen Stadtgeschichte bietet zudem einen besonders umfangreichen Berichtsteil über im ersten Halbjahr 2010 abgehaltene stadtgeschichtliche Konferenzen und informiert wie immer über die für die nähere Zukunft geplanten einschlägigen Tagungen.

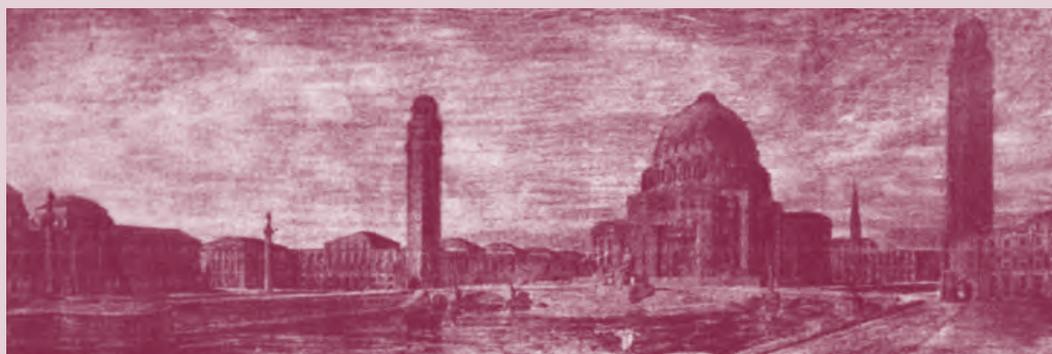
Weitere Informationen:

PD Dr. Christoph Bernhardt
Telefon: 03362/793-280
E-Mail: bernhardt@irs-net.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

aus: IMS 1/2010, Seite 20, Abb. 1
Bruno Schmitz, Otto Blum, Have-
stadt & Contag, Stadtbibliothek
auf der Fischerinsel in Berlin,
vierter Preis des Wettbewerbs
Groß-Berlin, 1910. Schmitz, der
selber die USA bereist hatte, rezi-
piert mit seinem monumentalen
Ensembles die Bestrebungen der
amerikanischen „City Beautiful“-
Bewegung, mit „Civic Centers“
den Städten eine neue politische
Mitte zu geben.



Raumordnungsplanung und kommunale Planungshoheit

Im Land Sachsen-Anhalt wird derzeit ein neuer Landesentwicklungsplan (LEP) aufgestellt. Der Entwurf des Plans verfolgt in Bezug auf die Verwendung des Begriffs „Zentraler Ort“ einen neuen Weg, der von der bisher in der Raumordnungsplanung eingeführten Verwendung des Begriffs grundlegend abweicht.

Ausgangspunkt ist das zweite Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt v. 19. Dez. 2007 (GVBl. LSA 2007 S. 466). Nach dem neuen § 2b Landesplanungsgesetz Sachsen-Anhalt ist „Zentraler Ort“ ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil als zentrales Siedlungsgebiet einer Gemeinde einschließlich seiner Erweiterungen im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung. Der „Zentrale Ort“ ist dabei im Raumordnungsplan durch den Träger der Planung festzulegen. Die Neuerung besteht primär in dem Umstand, dass nicht mehr die politische Gemeinde als solche „Zentraler Ort“ im Sinne der Raumordnungsplanung ist, sondern nur noch bestimmte im Landesentwicklungsplan oder im Regionalplan festzulegende Teile der politischen Gemeinde. Die vorgenannte Definition soll sich wiederum ausschließlich auf die Konzentration von überörtlichen Versorgungseinrichtungen im zentralen Siedlungsgebiet beziehen. Damit wird nicht nur eine Begriffsverwirrung in Bezug auf die Bedeutung Zentraler Orte bewirkt, sondern zugleich das Verhältnis von staatlicher Landesplanung zur gemeindlichen Planungshoheit tangiert.

Auch in anderen Ländern gibt es Ansätze, zentralörtliche Funktionen räumlich konkret bestimmten Ortsteilen oder Teilräumen zuzuweisen. Dabei spielen auch unterschiedliche Überlegungen zur räumlichen Steuerung zentraler Versorgungseinrichtungen eine Rolle. Vor diesem Hintergrund stellt sich die über den konkreten Planungsfall hinausgehende Frage nach der Grenzziehung zwischen der landesplanerischen Regelungskompetenz und der kommunalen Planungshoheit.

Das Deutsche Institut für Urbanistik erarbeitet auf Anregung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und unter Einbindung und Mitfinanzierung der Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften (AEK) e.V. ein Gutachten, um im Lichte der aktuellen und zum Teil auch schon umgesetzten Überlegungen der Raumordnungsplanung und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung der letzten Jahre eine zeitgemäße Neubestimmung der Grenzen landes- und regionalplanerischer Planungskompetenz im Verhältnis zur kommunalen Planungshoheit vorzunehmen.

Das Gutachten soll im Herbst 2010 vorgelegt und Anfang 2011 in einer an die interessierten Fachkreise gerichteten Veranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Weitere Informationen:

PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Ass. iur. Stefanie Hanke
Telefon: 030/39001-157
E-Mail: hanke@difu.de

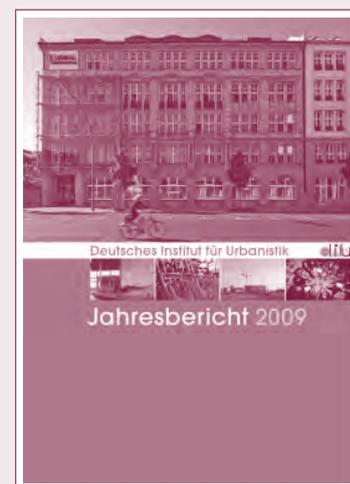
Gesamtschau der Difu-Forschung und -Fortbildung 2009 veröffentlicht

Jahresbericht des Deutschen Instituts für Urbanistik online abrufbar

Nachdem das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zum Jahreswechsel seinen Institutsstandort innerhalb Berlins wechselte, anschließend virtuell „umzog“ und seinen Internet-Auftritt erneuerte, wurde im Anschluss gleich auch der Difu-Jahresbericht modernisiert. Neben der neuen inhaltlichen

Struktur erhielt der Bericht auch grafisch ein neues Gewand und stellt nun unter anderem auch die Arbeitsteams und deren Themen individuell vor. Der Bericht steht komplett zum Download im Internet bereit: Download

<http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/presse/Jab-09.pdf>



Finanzierung von Infrastruktur

Die Diskussion um den Umgang mit und die Folgen aus dem demografischen Wandel wird in Deutschland inzwischen seit einigen Jahren intensiv geführt. Auslöser waren Prognosen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung und dramatische Zahlen zur Alterung der Bevölkerung, aber auch die starken Bevölkerungsverluste vor allem in den neuen Bundesländern.

Die demografischen Veränderungen betreffen vielfältige Politikfelder: Besonders hervorzuheben ist der Bereich der technischen und sozialen Infrastruktur, ihre Bereitstellung und Finanzierung. Im Infrastrukturbereich bedeuten zurückgehende Nutzerzahlen einen geringeren Bedarf bei tendenziell gleichen Normen und beschränkten Möglichkeiten, die Infrastrukturen kurzfristig der geringeren Nachfrage anzupassen. Damit verbunden sind höhere Kosten für die verbleibenden Nutzer (Kostenremanenz). Städte und Gemeinden stehen somit vor dem Problem, ihre Leistungsangebote trotz rückläufiger oder bestenfalls stagnierender Einnahmen aufrecht zu erhalten und die Nutzer nicht mit zu hohen Kosten zu belasten.

Vor diesem Hintergrund beauftragte das Bundesministerium des Innern das Difu mit der Erstellung einer Kurzstudie zur „Finanzierung von Infrastruktur unter den Bedingungen der demografischen Veränderungsprozesse“. Diese Kurzexpertise ist eingebunden in eine „Demografiestrategie“, die die Bundesregierung bis zum Ende der jetzigen Legislaturperiode entwickeln will.

Die bis Ende November 2010 zu erstellende Studie soll den Stand der politischen und wissenschaftlichen Diskussion vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den neuen Ländern erfassen und Gestaltungsoptionen aufzeigen. Es geht dabei insbesondere um die Erfassung und Darstellung „guter Beispiele“ in Deutschland sowie aus Ländern mit vergleichbaren Herausforderungen und Rahmenbedingungen. Ziel ist es, auch unkonventionelle und innovative Ansätze aufzugreifen, um der Suche nach Lösungen für die drängenden Probleme neue Impulse zu geben.

CircUse – Circular Flow Land Use Management

Optimierung der Flächennutzung und Reduzierung des Flächenverbrauchs in sechs EU-Staaten

Die Europäische Kommission fördert im Rahmen ihres INTERREG-Programms das CircUse-Projekt. Dieses Vorhaben wird von zwölf Partnern und drei assoziierten Partnern aus sechs Ländern gemeinsam durchgeführt.

Im Rahmen des Projekts soll mit dem Konzept der Flächenkreislaufwirtschaft in Kohärenz mit neuen Instrumenten anhand von sechs Pilotprojekten aufgezeigt werden, wie die Flächennutzung optimiert und der Flächenverbrauch reduziert werden können. Pilotprojekte werden in folgenden Regionen durchgeführt:

- Mittelsachsen (DE) – Entwicklung spezifischer Rekultivierungskonzepte, Zwischennutzung und verschiedenartige Flächennutzungen,
- Usti (CZ) – Revitalisierung von urbanen Altlastenflächen,

- Voitsberg (AT) – Reduzierung des Flächenverbrauchs und Einführung neuer Flächennutzungen wie etwa die Biomasseproduktion auf ehemaligen Bergbauflächen,
- Trnava (SK) – Neuentwicklung von Land und periurbanen Zonen zwischen Stadt und Gemeinden, inklusive der Revitalisierung von ländlichen Altlasten,
- Asti (IT) – Szenarioentwicklung und Bewertung der Wiedernutzung von Altlastenflächen in urbaner Umgebung,
- Piekary (PL) – Durchgrünung eines ehemaligen Industriegebiets.

Das CircUse-Projekt hat eine Laufzeit von 36 Monaten: März 2010 bis Februar 2013. Das Deutsche Institut für Urbanistik ist in diesem Vorhaben neben beratenden Tätigkeiten auch für die umfassende Verbreitung von relevanten Informationen bzw. Ergebnissen und die Kommunikation nach außen verantwortlich.

Weitere Informationen:
Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln
(in Vertretung für Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß bis 30.09.2010)
Telefon: 0221/340308-12
E-Mail: verbuecheln@difu.de

Flyer:
http://www.difu.de/sites/difu.de/files/CircUse_Flyer_June_2010.pdf

Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen

Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention sucht vorbildliche Strategien und Maßnahmen

Nach vier erfolgreichen Durchläufen des Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“, die die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) auf Anregung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung durchgeführt hat, fiel Mitte September 2010 der Startschuss für den 5. Wettbewerb zur kommunalen Suchtprävention.

Das Thema des vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) betreuten Wettbewerbs lautet „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen“. Damit soll der neue Wettbewerb vor allem die Strategien zur kommunalen Suchtprävention würdigen, die sich auf Kinder und Jugendliche richten, denen es an materiellen, sozialen und individuellen Ressourcen mangelt und die besonderen bzw. schwierigen Lebenssituationen und -lagen ausgesetzt sind.

Gesucht werden daher Wettbewerbsbeiträge, die spezifische Suchtstoffe (z.B. Alkohol, Tabak, Cannabis) und/oder Suchtformen (z.B. Spielsucht) einbeziehen. Der Beitrag kann hierbei suchstoffübergreifend sein und auf spezifische Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen und deren Bezugspersonen orientiert sein sowie auf verschiedene Settings (z.B. Schulen, Jugendeinrichtungen) zielen. Darüber hinaus muss im Wettbewerbsbeitrag auf die besondere Lebenslage der Kinder und Jugendlichen eingegangen werden. Zu solchen Lebenslagen zählen unter anderem belastende bzw. schwierige

- Familiensituationen, wie zum Beispiel suchtblastete Familien, gewaltbelastete Familien, Teenager-Schwangerschaften/ sehr junge Eltern,
- Finanz- und Einkommenssituationen, die das Armutsrisiko beeinflussen, z.B. Arbeitslosigkeit, Bezug von Transferleistungen und/oder Schulden in den Familien,
- Wohnverhältnisse und Wohnbedingungen, unter denen Kinder/Jugendliche aufwachsen, wie beispielsweise Wohnen in benachteiligten Stadtteilen,

- Bildungslagen, z.B. bildungsbenachteiligte/bildungsferne Kinder und Jugendliche/Familien,
- Integrationsbedingungen, z.B. Migrationshintergrund, Armut, soziale Isolierung.

Eingeladen zur Teilnahme sind alle deutschen Städte, Kreise und Gemeinden. Teilnahmeberechtigt sind außerdem Kommunalverbände sowie die Träger der kommunalen Selbstverwaltung in den Stadtstaaten. Präventionsaktivitäten Dritter (z. B. Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen, Schulen, Sportvereine) sind willkommen, können aber nur als Bestandteil der Bewerbung einer Kommune berücksichtigt werden.

Als Anreiz zur Wettbewerbsteilnahme stellt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60 000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich unterstützt der GKV-Spitzenverband den Wettbewerb mit einem Sonderpreis von 10 000 Euro zum Thema „Verknüpfung von Jugendsozialarbeit und Gesundheitsförderung bei der Betreuung von Kindern suchtblasteter Eltern“.

Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der *17. Januar 2011*. Die Preisverleihung findet voraussichtlich am *6. Juni 2011* in Berlin statt.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden in einer Dokumentation dargestellt und veröffentlicht. Außerdem werden nach der Preisverleihung alle Wettbewerbsbeiträge sowie die Wettbewerbsdokumentation im Internet (www.kommunale-suchtpraevention.de) zur Verfügung gestellt.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat für die Laufzeit des Wettbewerbs ein Wettbewerbsbüro eingerichtet. Dort können Bewerbungsunterlagen angefordert und die Wettbewerbsbeiträge eingereicht werden. Das Wettbewerbsbüro steht zudem für Rückfragen zu allen Fragen rund um den Wettbewerb gern zur Verfügung.



Weitere Informationen und Anforderung von Bewerbungsunterlagen:

Wettbewerbsbüro
Suchtprävention
Ina Kaube
Telefon: 030-39001-131
E-Mail: suchtpraevention@difu.de

Informationen im Internet:

<http://www.kommunale-suchtpraevention.de>



Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Difu-Fortbildungsprogramm 2011

Neues Jahr – neue Themen – neuer Ort



Difu-Fortbildungsprogramm 2011:

<http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/presse/10-11-difu-seminarprogramm.pdf>

HTML (stets aktuell)
<http://www.difu.de/veranstaltungen>

Veranstaltungssekretariat:

Telefon:
030/39001-258/259/148
E-Mail: fortbildung@difu.de
Telefax: 030/39001-268

Weitere Informationen:

Dr. rer. nat. Gerd Kühn
Telefon: 030/39001-255
E-Mail: kuehn@difu.de

Fahrradakademie:

<http://www.fahrradakademie.de>

Fachtagungen Jugendhilfe:

<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de>

Forum für Praxis, Wissen und Erfahrungsaustausch

Das neue Difu-Fortbildungsprogramm für 2011 bietet einen breiten Fächer von Veranstaltungsarten und -themen für unterschiedliche kommunalorientierte Zielgruppen. Im Vordergrund der vier Kernangebote stehen praxisorientierte Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch:

- Das allgemeine Difu-Veranstaltungsprogramm bietet ein sehr breites Themenspektrum im Rahmen von Berlin-Seminaren, Regionalseminaren, Fachtagungen, Kongressen sowie kurzfristig ins Programm genommenen Brennpunkt-Seminaren.
- Die öffentlichen Abendveranstaltungen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ wenden sich an die (Fach-)Öffentlichkeit.
- Die Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) behandeln das Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe.
- Die Veranstaltungen der Fahrradakademie zum Themenfeld Radverkehr wenden sich an Verkehrsexperten.

Auch 2011 zeichnet sich das Difu-Veranstaltungsprogramm durch eine große Themenvielfalt aus. In bewährter Weise behandeln die Veranstaltungen Themen unter anderem aus den Aufgabenfeldern Stadtentwicklung/ Stadtplanung, kommunale Bildungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Das neue Programmheft informiert über die geplanten Veranstaltungen für das Jahr 2011. Für zwischenzeitlich aufkommende kommunalrelevante Themen werden, wie in den Jahren zuvor, zusätzliche Veranstaltungen kurzfristig unter der Rubrik „Brennpunkt-Seminare“ angeboten. Der aktuellste Stand ist daher stets im Internet zu finden. Die im ersten Halbjahr angebotenen Veranstaltungen sind im gedruckten Programmheft ausführlicher beschrieben; Kurztex te informieren über Veranstaltungen im zweiten Halbjahr. Die „Langfassungen“ und Einzelprogramme sind im Internet zu finden unter <http://www.difu.de/veranstaltungen>.

Ebenfalls im Programmheft enthalten sind Informationen über die Veranstaltungen der Fahrradakademie und der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe. Auch hierzu gibt es Einzelprogramme, die auch im Internet zur Verfügung stehen.

Difu-Fortbildungsprogramm 2011

Elektromobilität – Hype oder realistische Chance? Voraussetzungen und Risiken

Difu-Dialog, 12. Januar 2011, Berlin

Inklusion statt Integration: Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?

Seminar, 12.–13. Januar 2011, Berlin

Spielhallen: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale

Seminar, 19.–20. Januar 2011, Berlin

Interkommunale Kooperation, Shared Services und öffentlich-öffentliche Kooperationen

Seminar, 3.–4. Februar 2011, Berlin

Profitcenter Veranstaltungshallen: Wirtschaftsförderung – Ergebnisoptimierung – Wertschöpfung

Fachtagung, 7.–8. Februar 2011, Berlin

Wohnungsgenossenschaften und -baugesellschaften – Partner der Kommunen in der Stadtentwicklung

Difu-Dialog, 16. Februar 2011, Berlin

Hauptverkehrsstraßen im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung

Seminar, 21.–22. Februar 2011, Berlin

Denkmalschutz nicht ohne Umweltschutz II – Wege der Kooperation und Kommunikation

Seminar, 21.–22. Februar 2011, Köln

Chancen und Reichweite von Ehrenamt zur Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur

Seminar, 28. Februar–1. März 2011, Berlin

Alternative Finanzierungs- und Beschaffungsformen

Seminar, 3.–4. März 2011, Berlin

Optimierung des Rücklaufs von Stoffströmen – Beispiele für eine nachhaltige Wertstoffwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung von schadstoffhaltigen Abfällen

Difu-Dialog, 9. März 2011, Berlin

Demografischer Wandel: Kommunale Konzepte in der Bewährung

Seminar, 14.–15. März 2011, Berlin

Ältere Migranten in der Stadt – Handlungsfeld und Potenzial für Kommunen

Seminar, 21.–22. März 2011, Berlin

16. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Kongress, 21.–22. März 2011, Goslar

Kennzahlen in der kommunalen Praxis Großer Wurf oder Muster ohne Wert?

Seminar, 24.–25. März 2011, Berlin

Entscheidungsfragen bei der Organisationswahl kommunaler Leistungserbringung

Seminar, 31. März–1. April 2011, Berlin

Korruptionsprävention im Rathaus

Seminar, 7.–8. April 2011, Berlin

Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen. Wer sitzt am Steuer?

Seminar, 11.–12. April 2011, Berlin

41. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

11.–13. Mai 2011, Gotha

Wohneigentumsbildung von Migranten: Ein Stabilisierungsfaktor in benachteiligten Wohnquartieren?

Seminar, 12.–13. Mai 2011, Berlin

Friedhofs- und Bestattungswesen als kommunale Aufgabe

Seminar, 19.–20. Mai 2011, Berlin

Urbane Landwirtschaft – Ein Beitrag zur zukunftsfähigen Stadt(entwicklung)?

Seminar, 26.–27. Mai 2011, Berlin

Elektroverkehr – Chancen und Risiken für den Stadtverkehr

Seminar, 31. Mai–1. Juni 2011, Berlin (voraussichtlicher Termin)

Ausgaben- und Aufgabenverantwortung in einer Hand – Handlungsspielräume der Aufgabenträger im ÖPNV

Seminar, 9.–10. Juni 2011, Berlin

Städtebaurecht aktuell – Neue umweltbezogene Anforderungen?

Fachtagung, 16.–17. Juni 2011, Berlin

Kommunale Wirtschaftsförderung: Erfolgreiche Bestandssicherung und -entwicklung!

Seminar, 20.–21. Juni 2011, Berlin

Sauber, leise, klimaneutral – Was kann die kommunale Verkehrspolitik leisten?

Seminar, 8.–9. September 2011, Berlin

Beteiligungsmanagement und Corporate Governance: Konzepte – Erfahrungen – Perspektiven

Seminar, 15.–16. September 2011, Berlin

Gender Mainstreaming in der kommunalen Praxis

Seminar, 26.–27. September 2011, Berlin

Bilanzpolitik und Bilanzanalyse im neuen kommunalen Rechnungswesen

Seminar, 29.–30. September 2011, Berlin

Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor: Handlungsfelder, Trends und Perspektiven

Seminar, 17.–18. Oktober 2011, Berlin

Energieeffizienz, Ressourceneffizienz und Nutzung erneuerbarer Energie in der Stadt – Handlungsoptionen, Umsetzungsschritte und Beispiele für CO₂-arme Versorgungsstrukturen

Seminar, 20.–21. Oktober 2011, Berlin

Weiterentwicklung kommunaler Bildungsnetzwerke

Seminar, 27.–28. Oktober 2011, Berlin

Indikatoren, Benchmarks, Städterankings – Zahlenspielererei oder Grundlage informierter Stadtpolitik?

Seminar, 3.–4. November 2011, Berlin

„Die Geister, die ich rief“: Stadtentwicklung als bürgerschaftliche Aufgabe

Seminar, 10.–11. November 2011, Berlin

Monitoring und Evaluation in der Sozialen Stadt

Seminar, 17.–18. November 2011, Berlin

„No-Go-Areas“, Kriminalitätsschwerpunkte und Inseln der Sicherheit – was macht Räume in der Stadt zu sicheren oder unsicheren Orten?

Seminar, 24.–25. November 2011, Berlin

Kommunalrelevante Neuerungen des Vergaberechts

Seminar, 1.–2. Dezember 2011, Berlin

„Stadt – quo vadis? – Stadt ohne Geld“

Bürgermeisterseminar, 8.–9. Dezember 2011, Berlin (voraussichtlicher Termin)

Kommunale Anpassungsstrategien an den Klimawandel

Fachtagung, 2. Halbjahr, Köln, Termin noch offen

Novelliertes Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz: Auswirkungen auf kommunale Tätigkeitsfelder

Fachtagung, 2. Halbjahr, Köln, Termin noch offen

Commercial Transport in Urban Areas

Fachtagung, Berlin, Termin noch offen

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

6. Oktober 2010

Rekommunalisierung – neue alte Wege der öffentlichen Daseinsvorsorge

16. November 2010

Zukunftsfähige Verwaltung – Umsetzungskonsequenzen für die „ServiceStadt Berlin 2016“

8. Dezember 2010

Nahmobilität in der Kommune – eine Chimäre oder neue Chancen auch in Metropolen?

12. Januar 2011

Elektromobilität – Hype oder realistische Chance? Voraussetzungen und Risiken

16. Februar 2011

Wohnungsgenossenschaften und -baugesellschaften – Partner der Kommunen in der Stadtentwicklung

9. März 2011

Optimierung des Rücklaufs von Stoffströmen – Beispiele für eine nachhaltige Wertstoffwirtschaft

Ort: Difu, Zimmerstraße 15, 10969 Berlin.

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist erforderlich: per E-Mail an schmidt@difu.de, telefonisch unter 030/39001-208 oder per Fax an 030/39001-130

Gesamtprogramm:

<http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/veranstaltungen/10-11-difu-dialoge.pdf>

Weitere Informationen zu den Difu-Dialogen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Difu-Ansprechpartnertreffen 2010



Staatssekretärin
Maria Krautzberger, Senats-
verwaltung für Stadtentwicklung,
Berlin



Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann, Deutsches
Institut für Urbanistik (Difu),
Berlin

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Link zur virtuellen Tagungsmappe im Extranet:

[http://www.difu.de/dokument/
difu-ansprechpartnertreffen-
2010-virtuelle-
tagungsmappe.html](http://www.difu.de/dokument/difu-ansprechpartnertreffen-2010-virtuelle-tagungsmappe.html)

Workshop zur Evaluierung von
Stadtentwicklung

Am 17. und 18. Juni 2010 trafen sich am neuen Instituts-Standort die Difu-Kontaktpartner aus den Kommunen zu ihrem Jahrestreffen – zu Workshops, Vorträgen, Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Die Treffen unterstützen den Wissensaustausch zwischen den Städten und dem Difu, gleichzeitig dienen sie dem Erfahrungsaustausch unter den Städten. Neben Berichten über neue Arbeitsergebnisse und -planungen des Instituts wurden aktuelle kommunalrelevante Themen im Rahmen von Workshops und Vorträgen bearbeitet und vorgestellt.

Difu-Institutsleiter Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann begrüßte die Teilnehmer und übergab anschließend das Wort an den Difu-Ansprechpartner der Stadt Berlin und Landesgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Axel Behrens, Senatskanzlei Berlin, der die Teilnehmenden im Namen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, herzlich begrüßte. In seiner Rede skizzierte er kurz die finanzielle und städtebauliche Entwicklung Berlins seit der Wende, bevor es anschließend mit Workshops zu den Themen

- Evaluierung von Stadtentwicklung in der kommunalen Praxis,
 - Dimensionen nachhaltiger Stadtentwicklung,
 - Gewerbeflächen – Aktivierung, Sicherung und Entwicklung
- weiterging, die jeweils mit Impulsreferaten der Difu-Wissenschaftler Dr. Stephanie Bock

und Dr. Bettina Reimann sowie Dr. Busso Grabow und Daniel Zwicker-Schwarm starteten.

Am Abend begrüßte Staatssekretärin Maria Krautzberger die Teilnehmer zum Empfang der Stadt Berlin im Berliner Roten Rathaus und präsentierte eindrucksvoll die Stadtentwicklung Berlins anhand aktueller Planungen. Am zweiten Veranstaltungstag regten Kurzvorträge der Difu-Wissenschaftler Franciska Frölich und Jens Libbe zur weiteren Diskussion an:

- Kommunale Erfahrungen und Möglichkeiten der Bewältigung des demographischen Wandels
- Rekommunalisierung – ein Muss?

Eine zentrale Rolle spielte in den Workshops, Diskussionen, im Plenum und weiteren Gesprächen stets der Erfahrungsaustausch.

Den Abschluss der Veranstaltung bildeten ein geführter Stadtentwicklungsspaziergang zum Thema „Im Brennpunkt historischer Vergangenheit und zukunftsorientierter Stadtentwicklung“ sowie anschließend für WM-Interessierte der Besuch des Public Viewing-Standes Admiralspalast.

Die Dokumentation des Treffens liegt in Form von Workshop-Papieren, Powerpoint-Folien und Fotos vor. Die Difu-Ansprechpartner sowie weitere Interessenten aus Rat und Verwaltung der Difu-Zuwanderstädte finden diese Unterlagen wie immer im Difu-Extranet.



20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz

Kritische Würdigung, Bilanz und Ausblick im Rahmen einer AGFJ-Tagung

Am 30. Juni und 1. Juli 2010 fand in Berlin die Fachtagung „20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz – kritische Würdigung, Bilanz und Ausblick“ statt. 140 interessierte Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe folgten dieser Einladung, um mit der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam den 20. Geburtstag des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) zu feiern, zu bilanzieren, in die Zukunft zu blicken und gleichzeitig auch Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, den langjährigen Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht im BMFSFJ sowie „Vater“ des Kinder- und Jugendhilferechts (KJHG), in den Ruhestand zu verabschieden.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz als Brückenschlag zwischen alten und neuen Bundesländern

Nachdem Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik, die Tagung eröffnet hatte, sprach Josef Hecken, Staatssekretär des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er sagte, „dass die Verabschiedung eines neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes einmal im zeitlichen Zusammenhang mit der Herstellung der deutschen Einheit erfolgen würde, hätte bis wenige Monate vor Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens keiner gedacht. Man hat in der heilen Welt der alten Bundesrepublik Deutschland diskutiert, hat Problemanalysen und Problembewältigung betrieben und ein Gesetz erstellt, dass die Lebenswelt der ehemaligen DDR überhaupt nicht im Blick hatte. Man hat aber auch ein Gesetz geschaffen, das sich dadurch, dass es so plötzlich auch in der ehemaligen DDR funktionieren musste und funktioniert hat, im rechtstheoretischen Bereich wirklich als gutes Gesetz erwiesen hat. Daran erkennt man die Qualität mancher Gesetze.“ Prof. Dr. phil. Dr. jur. Reinhard Joachim Wabnitz, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule RheinMain Wiesbaden, ergänzte in seiner später folgenden Rede, dass das KJHG auch deshalb als „Erfolgsgeschichte“ bezeichnet werden könne, weil es nach seinem Inkrafttreten im Wesentlichen durch Leistungsverbesserungen und nicht durch Leistungseinschnitte gekennzeichnet war und ist, wenngleich es in mehreren

Punkten weiteren Reformbedarf für die Zukunft gäbe. Welcher Reformbedarf hier benannt wurde und welche weiteren Beiträge auf dieser Fachtagung noch gehalten wurden, wird in der Dokumentation zur Fachtagung nachzulesen sein, die in der Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ Ende des Jahres erscheint.

„Wie alles begann – ein historischer Rückblick“

An dieser Gesprächsrunde nahmen erfahrene kommunale Praktiker teil, die heute zum Teil schon im Ruhestand sind. Man kann unmöglich kurz und knapp wiedergeben, was Inhalt dieser Runde war, daher nur einige kleine Blitzlichter über innovatorische Denkprozesse in Ost und West und die Entstehung des KJHGs. Im Westen gab es schon 20 Jahre vor dem KJHG sehr viele fachliche Diskussionen, u.a. darüber, dass die Kita verstärkt auch für zwei- bis vierjährige Kinder da sein sollte, der Rechtsanspruch hierfür war bereits im Gesetzentwurf 1988 vorgesehen und auch der Schulanfang mit fünf Jahren wurde diskutiert. Der Einfluss der Alt-68er war in den Gesetzentwürfen noch deutlich zu spüren und es gab in den vergangenen zwei Jahrzehnten verschiedene ideologische „Kampfeslinien“. Die drei wichtigsten benannte Prof. Dr. Reinhard Wiesner: das Kinderschutzgesetz, das Verhältnis zwischen öffentlichen und freien Trägern und das Dauerthema „Finanzen“. Im Osten gab es hingegen Verwunderung darüber, dass das neue Gesetz kein Erziehungsrecht für öffentliche Einrichtungen vorsah, was für ein Rückschritt! Am Ende dieser interessanten Gesprächsrunde stand ein Dankeschön an die Praktiker aus den alten Bundesländern, die ihren neuen Kollegen lange Zeit hilfreich zur Seite standen.

Laufen lernen mit dem KJHG

Cornelia Scheplitz, Leiterin der Abteilung Jugend, Familie, Soziale Dienste im Amt für Jugend und Soziales Frankfurt (Oder) sagte, wirklich „begriffen“, wirklich bewusst gestaltet und in diesem Sinne verstanden, habe sie das KJHG erst im Laufe der folgenden Jahre. Und: Sie könne also nicht wirklich sagen, dass es vor allem das KJHG gewesen sei, welches sie das Laufen – eigentlich eher das



Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin; Staatssekretär Josef Hecken, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin; Kerstin Landua, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Difu, Berlin



Helmut Saurbier, ehem. Leiter des Landesjugendamts Rheinland; Ministerialrätin Jutta Struck und Ministerialrat Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin



Cornelia Scheplitz, Amt für Jugend und Soziales, Frankfurt (Oder)

Veröffentlichungen

- Das Jugendamt der Zukunft – „Mädchen für alles“ oder „Restjugendamt“? Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, 76, 2010.
- Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann (Hrsg.), Kerstin Landua: Tausend Mal „warum?“ Verbesserung der Bildungsqualität in vorschulischen Einrichtungen. Difu-Impulse 3/2010.
- Vom Willkommensbesuch zum verpflichtenden Hausbesuch. Veränderte Auftragslage für die Jugendhilfe durch das Kinderschutzgesetz? Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, 73, 2009.
- Das Jugendamt im Spiegel der Medien. Hilfen und Hinweise im Umgang mit Medien/Krisenmanagement. Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, 72, 2009.

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Stolpern – auf den neuen Pfaden gelehrt habe. So aberwitzig es erscheinen mag, möglich sei auch, dass es umgekehrt gewesen ist: „Wir in den neuen Bundesländern – auch ich – haben dem KJHG seine eigenen „Ost“-Seiten aufgedrückt, haben es in der Wirrnis des Alltags zur Kenntnis genommen – um nicht völlig daneben zu liegen – aber haben es vor allem ‚frei angewandt‘. „Zweifellos hat das KJHG in den Dingen, die wir getan und die wir gelassen haben, seine Finger im Spiel. Aber was ich so *ganz besonders* an diesem Gesetz finde, ist, dass es dir *Gestaltungsspielraum* gibt, dass es dich ‚machen‘ lässt, dass es den Sinn zwischen den Zeilen fordert – natürlich ausgenommen jene Momente, wo man es auch mal genau wissen muss und besser nachschlägt, als frei zu interpretieren. Ich habe es immer äußerst geschätzt, dem tiefen humanen Sinn dieses Gesetzes und seiner Einmaligkeit nachzuspüren und dies in unserem Alltag ab und an bewusst zu machen. Und dafür auch sehr gern ein Stück kommunale Selbstverwaltung ‚herzugeben‘. Diese Einmaligkeit besteht für mich darin, gesetzlich verpflichtet zu sein, mit zu tragen an der Sorge und der Verantwortung dafür, dass dem Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen in unserem Land eine höchstmögliche Aufmerksamkeit gewährt wird, damit sie sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln können.“

It takes Two to Tango ...

Als Überraschung war eine kleine Feierstunde für Prof. Dr. Reinhard Wiesner im Rahmen des Programms zwar eingeplant, aber von allen Beteiligten gut geheim gehalten worden. Und dann stand da nach der

Mittagspause plötzlich ein Tanzpaar auf dem Parkett und legte zur Begeisterung aller Anwesenden, vor allem aber von Reinhard Wiesner als passioniertem Tänzer, einen klassischen Tango aufs Parkett. It Takes Two to Tango war das Motto dieser Feierstunde, auch Titel einer früheren AGFJ-Fachtagung und gilt ja auch irgendwie sehr konkret für die Jugendhilfe: Allein geht es nicht, man braucht immer gute Partner. Einige dieser Partner von Reinhard Wiesner sprachen dann auch noch einmal – zum Teil sehr persönlich – über ihren „Tango“ mit Reinhard Wiesner: Verena Göppert vom Deutschen Städtetag, Dr. Heike Schmid-Obkirchner, langjährige Mitarbeiterin von Reinhard Wiesner im Referat Kinder- und Jugendhilferecht im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bruno Pfeifle als Vorsitzender des Beirates Jugendhilfe der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe und Kerstin Landua schließlich für das AGFJ-Team und den Veranstalter dieser Tagung. Aus dem Plenum gab es „Standing Ovation“ für „unseren Ministerialrat“. Einem sichtlich bewegten Reinhard Wiesner fiel es im Anschluss daran nicht leicht, überzugehen zu seiner im Programm angekündigten persönlichen Verabschiedung mit einem fachlichen Blick in die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe.

Der fachliche (Aus)Blick in die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe hatte denn auch den gewohnt professionellen und leidenschaftlichen Charakter, die persönliche Verabschiedung hatte auch einen kleinen „therapeutischen Teil“. Nicht alles – auch im eigenen Haus – war für ihn immer leicht. Aber die kommunale Praxis hat's gerichtet, der Weg dahin wurde immer gern beschritten, ist noch nicht (ganz) zu Ende und auch zukünftig dürfen wir einen Ministerialrat n.n.g.D. (noch nicht ganz außer Dienst) unterwegs im Dienste der Jugendhilfe erwarten ...

Helmut Saurbier, früherer Leiter des Landesjugendamtes Rheinland und langjähriger Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ), Köln, sagte auf dieser Tagung: „Bei aller Bedeutung des Gesetzestextes, das Entscheidende ist das Engagement Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sorgen Sie dafür, dass das erhalten bleibt!“ Dem schließen wir uns – auch im Sinne von Reinhard Wiesner – an! Denn er hat viel dafür getan.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und Extranet

Seminarberichte, Vorträge, Online-Publikationen

Veröffentlichung: Difu-Berichte Heft 3/2010

<http://difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Veröffentlichung: Precarity, Segregation and Poverty in the Social Space

<http://www.difu.de/node/6959>

Veröffentlichung: Das Difu erkundet seinen neuen Standort

<http://www.difu.de/publikationen/2010/das-difu-erkundet-seinen-neuen-standort.html>

Veröffentlichung: Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz

<http://www.difu.de/publikationen/2010/ressource-wasser-klimaanpassung-und-energieeffizienz.html>

Workshop-Papiere, Impulsvorträge, Präsentationen: Difu-Ansprechpartnertreffen 2010 vom 17.-18. Juni 2010 in Berlin

<http://www.difu.de/dokument/difu-ansprechpartnertreffen-2010-virtuelle-tagungsmappe.html>

Vortrag: Benachteiligte Stadtquartiere – Gesundheitsförderung durch Freiraumentwicklung

Von Christa Böhme
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-08-20/benachteiligte-stadtquartiere-gesundheitsfoerderung-durch.html>

Vortrag: Planungsansätze für den postfossilen Verkehr

Von Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-07-06/planungsansaeetze-fuer-den-postfossilen-verkehr.html>

Vortrag: Turkish Homeowners in German Cities. Social Heterogeneity and Stabilisation in ethnically segregated neighbourhoods?

Von Dr. rer. soc. Bettina Reimann (Difu) und Heike Hanhörster (ILS Dortmund)
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-07-07/turkish-homeowners-in-german-cities.html>

Vortrag: Strategien der Kommunen zur Bewältigung des demographischen Wandels – ein Überblick auf Bundesebene

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-06-09/strategien-der-kommunen-zur-bewaeltigung-des.html>

Vortrag: Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftswachstum – Möglichkeiten der Verkehrswegefinanzierung

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2010-06-15/verkehrsinfrastruktur-und-wirtschaftswachstum.html>

Seminardoku: 40. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

<http://www.difu.de/dokument/40-interkommunaler-erfahrungsaustausch-zur-stadterneuerung.html>

Seminardoku: Einzelhandel in den Innenstädten – zwischen Warenhauskrise und Boom der Einkaufszentren

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2010-06-28/einzelhandel-in-den-innenstaedten-zwischen-warenhauskrise.html>

Seminardoku: Die Stärkung des kooperativen Städtebaus durch den EuGH

<http://www.difu.de/dokument/die-staerkung-des-kooperativen-staedtebaus-durch-den-eugh.html>

Seminardoku: Städtebaurecht aktuell – Baunutzungsverordnung zwischen Rechtssprechung und praktischen Erfordernissen

<http://www.difu.de/dokument/staedtebaurecht-aktuell-seminardokumentation.html>

Seminardoku: Neue Sicherheitsanforderungen an die Städte. Probleme, Ursachen, Lösungsansätze

<http://www.difu.de/dokument/neue-sicherheitsanforderungen-an-die-staedte.html>

Seminardoku: Kommunale Strategien zur Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung

<http://www.difu.de/dokument/kommunale-strategien-zur-sicherung-der-sozialen.html>

Seminardoku: Stadtmarketing: Ein leistungsfähiges Instrument auch in Krisenzeiten?

<http://www.difu.de/dokument/stadtmarketing-ein-leistungsfahiges-instrument-auch-in.html>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwanderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
<http://www.difu.de/extranet/>

Informationen zum Verfahren:
<http://www.difu.de/extranet/infos-zum-difu-extranet/extranet-zugang>

Links, die ins Extranet führen, sind ausschließlich für Difu-Zuwanderer frei zugänglich:
<http://www.difu.de/institut/partner/zuwander>



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv – Auswahl

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann nahm am 31.5. und 24.6. an der „Arbeitsgruppe Rahmenbedingungen der Nationalen Plattform Elektromobilität“ teil. Am 2.6. fand ein Treffen zwischen Prof. Beckmann und Minister Peter Ramsauer, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), zur Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats des BMVBS statt. Am 4. und 5.6. leitete Klaus J. Beckmann eine Arbeitssitzung des Wissenschaftlichen Beirats des BMVBS in St. Gallen. Am 8.6. nahm Beckmann am Wissenschaftlichen Beirat „Stadtentwicklungsplan München: Perspektive München“ teil, referierte am 9.6. in Halle zu Demographie und Stadtentwicklung, am 10.6. in Berlin zum Thema „Verkehrsplanung multimodal und intermodal“ und nahm am 10. und 11.6. am Umweltausschuss des Deutschen Städtetages (DST) teil. Am 15.6. hielt Beckmann im Rahmen einer Veranstaltung des InnoZ „Autofahren anders bezahlen?“ einen Vortrag zum Thema „Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftswachstum – Möglichkeiten der Verkehrswegefinanzierung“ und nahm am 15. und 16.6. an der Sitzung des Hauptausschusses des DST in Heidelberg teil. Am 21.6. nahm Klaus J. Beckmann an der Beiratssitzung des Stadtforums Berlin teil, in der es um die Themen „Grün in der Stadt“ und „Planwerk Innenstadt“ ging. Am 23.6. übernahm er die Einführung der Sitzung des Beirates für Raumentwicklung des BMVBS. Am 1.7. nahm Beckmann an der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des BMVBS teil und nahm am 8.7. in Aachen eine Doktorprüfung als Zweitgutachter und ehemaliger Betreuer ab. Darüber hinaus moderierte er die Vormittagsveranstaltung sowie das Abschlussplenum auf der Tagung „Effizientes Flächenmanagement in Forschung und Praxis“, die am 16.7. in Mannheim gemeinsam von Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg durchgeführt wurde.

Stephanie Bock führte am 23.6. mit dem Büro für Integrierte Planung Berlin für Mitarbeiter der Stadtentwicklungsplanung der Stadt München den verwaltungsinternen Workshop „Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung“ durch. Neben der Vorstellung aktueller Projekte standen ein Planspiel zur konkreten Implementierung von Gender Mainstreaming in die Planung „Neue Mitte München Pasing“ und die Festsetzung nächster Arbeitsschritte im Vordergrund.

Auf der Konferenz Velocity Global vom 22. bis 25.6. in Kopenhagen informierte das Difu am Stand des BMVBS die internationale Fachöffentlichkeit über die Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans in Deutschland. **Tilman Bracher und Jörg Thiemann-Linden** referierten über „How to manage bicycle and urban knowledge. Germany's Clearing House available internationally“. Die ersten sechs mit Förderung des BMVBS dazu erstellten englischen Faltblätter „Cycling Expertise“ fanden großes Interesse.

Tilman Bracher, Ulrike Schillemeit und Thomas Weber organisierten am 30.6. unter Mitwirkung der BMVBS einen Workshop zur Auswertung der Seminare der Fahrradakademie zu den Änderungen der 46. StVO-Novelle und der neuen Verwaltungsvorschrift zum Radverkehr. Die StVO-Fortbildung hat im Rahmen von zwanzig stark nachgefragten Veranstaltungen in 15 Bundesländern mehr als 1200 Verwaltungsmitarbeiter erreicht.

Die „Fahradakademie“ ist Preisträger des „Goldenen Ritzels 2010“. Am 3.9. erhielt die am Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte „Fahradakademie“ den Kritikerpreis des Verbundes Selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V. www.fahradakademie.de

Im Rahmen des vierten Weltkongresses „Cities for Mobility“, der am 5. und 6.7. in Stuttgart durchgeführt wurde, war **Tilman Bracher** Podiumsteilnehmer des Workshops Fuß- und Radverkehr. Am 17.9. beteiligt sich Bracher an einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Elektrofahrräder im Deutschen Bundestag in Berlin sowie am Forum „Pedelec, E-Bike, Powerbike – Neue Chancen und Herausforderungen für den Radverkehr“.

Dr. Beate Hollbach-Grömig wurde am 4.6. in der Mitgliederversammlung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum neuen Mitglied gewählt.

Gregor Jekel hat vom 8. bis 10.7. am Sommerforum „Generationendialog“ der Verwaltungsakademie Schleswig-Holstein in Bordesholm teilgenommen und dort das Forum „Gemeinschaftliche Wohnformen“ moderiert.

Anne Klein-Hitpaß hat am 26. und 27.5. am „International Transport Forum“ in Leipzig und am 25. und 26.6. an der Jahrestagung

des AK Verkehr der Deutschen Gesellschaft für Geografie teilgenommen.

Rüdiger Knipp hielt am 23.6. im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses „Umsetzung der Föderalismusreform II im Lande Bremen“ der Bremer Bürgerschaft einen Vortrag über die Ergebnisse der Difu-Studie „ServiceStadt Berlin 2016“.

Dr. Gerd Kühn referierte auf einer von der mfi Management für Immobilien AG am 9.6. in Erlangen durchgeführten Veranstaltung „Erfahrungsaustausch Stadt & Handel“ zum Thema „Innenstadtverträgliche Shopping-Center – Worauf kommt es an?“.

Dr. Bettina Reimann nahm am 10.6. in Köln bei der BZgA am 2. Treffen der Arbeitsgruppe Politiktransfer des Projekts Kooperation für nachhaltige Präventionsforschung und am 15.6. an der Transferveranstaltung „Stadtumbau in Großsiedlungen“ in Erfurt teil. Veranstalter waren die Transferstellen Stadtumbau West und Stadtumbau Ost. Darüber hinaus nahm Bettina Reimann am 19.6. am 2. Kommunalpolitischen Bundeskongress der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin

teil und war Diskussionsteilnehmerin und Kommentatorin des Panels „Soziale Stadtentwicklung – kommunale Bildungspolitik“. Bettina Reimann hat vom 4. bis 7.7. an der Tagung des European Network für Housing Research (ENHR) 2010 in Istanbul teilgenommen und gemeinsam mit Heike Hanhörster (ILS Dortmund) einen Vortrag zum Thema „Turkish Homeowners in German Cities. Social Heterogeneity and Stabilization in ethnically segregated neighbourhoods?“ gehalten.

Cornelia Rösler stellte am 10.6. in Limburg an der Lahn auf der Sitzung des Umweltausschusses des DST die aktuellen Entwicklungen im Klimaschutz aus Sicht der „ServiceStelle: Kommunaler Klimaschutz“ vor.

Wolf-Christian Strauss nahm am 22.6. am Kongress „Starke Klein- und Mittelstädte: Städtebauförderung im ländlichen Raum“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) teil. Im Rahmen des Kongresses wurde das neue Förderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – Überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ präsentiert.

Difu-intern: Abschied und Neubeginn

Seit den Anfängen des Difu hat **Christel Fuchs** in wechselnden Arbeitsbereichen an ORLIS – der kommunalen Literaturdatenbank des Difu – mitgearbeitet und diese auch mitgeprägt. Ihr Augenmerk lag insbesondere auf dem Gebiet der kommunalen Publikationen, die sie mit großer Kontinuität dokumentiert hat. Nach 35 Jahren Berufsleben am Difu wechselt Christel Fuchs nun in den Ruhestand. Die ehemaligen Difu-Kollegen wünschen Gesundheit und Freude im neuen Lebensabschnitt!

Im April hat **Christine Bruchmann-Luther** die Nachfolge von Christel Fuchs angetreten. Als Diplom-Bibliothekarin hat sie umfangreiche Erfahrungen in der Sacherschließung und auch bei neuen Internetdiensten sammeln können – zuletzt bei der Staatsbibliothek zu Berlin durch die Mitarbeit an der Virtuellen Fachbibliothek Recht. Diese Erfahrungen wird sie künftig in die Difu-Datenbankproduktion einbringen, damit viele aktuelle, kommunalrelevante Informationen aus den Difu-Datenbanken gewonnen werden können.

Seit November 2009 ist **Anne Klein-Hitpaß** als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu

beschäftigt. Als Diplom-Geographin mit den Schwerpunkten Mobilitätsforschung und Stadtgeographie unterstützt sie Institutsdirektor Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann. Zuvor war Anne Klein-Hitpaß am Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) beschäftigt. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind unter anderem das Mobilitätsverhalten verschiedener Personengruppen, insbesondere älterer Menschen, sowie die veränderten Anforderungen an Mobilität und Infrastrukturen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.



Christel Fuchs



Christine Bruchmann-Luther



Anne Klein-Hitpaß

Mediennachlese – Auswahl

[...] Steigender Investitionsbedarf bei angespannter Finanzsituation – diese Konstellation ist für alle kommunalen Institutionen in gleichem Maße eine Herausforderung. Erschwerend kommt die Beschränkung der finanziellen Spielräume durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hinzu. Die Handlungsspielräume für die Realisierung notwendiger Investitionen sind oftmals nicht mehr gegeben. So ermittelte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) für die Jahre 2006 bis 2020 einen kommunalen Investitionsbedarf von rund 704 Milliarden Euro. [...] **Kommunalwirtschaft, Sonderausgabe 2010**

[...] Generell spielten mehrere Faktoren eine Rolle, damit ein Einkaufszentrum tatsächlich zur Belebung und nicht zur Verödung einer City führt, erläutert Gerd Kühn vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Wenn Größe, Standort und Bauweise des Centers falsch gewählt würden, könne dies negative Auswirkungen auf den Einzelhandel haben. Auch der Branchenmix sei von Bedeutung: „Man darf nicht die Innenstadt im Shopping-Center nachbauen“, warnt Kühn. Dann bestehe die Gefahr, dass Filialisten einen zweiten Laden im Center eröffnen und in der Folge ihr Geschäft in der Fußgängerzone schließen. Sofern all diese Aspekte bei der Planung berücksichtigt werden, könne ein Shopping-Center aber auch die ganze Innenstadt bereichern, meint Kühn. „Wenn am Ende nicht alle davon profitieren, hat man etwas falsch gemacht.“ **Südwest Presse, 16.7.2010**

[...] Unser Leben wird nicht mehr dasselbe sein. Das gigantische Wachstum läutet das Ende jahrtausendealter Siedlungsformen ein. Neue Utopien sind gefragt. Megacities wie Jakarta oder Mumbai droht der Kollaps. In China ziehen bald 350 Millionen Menschen in Städte, die erst noch gebaut werden müssen. Auch in westlichen Industrieländern strömen die Menschen in die Metropolen. Der Traum vom Haus im Grünen? Vergangenheit. Zwar schrumpft in Europa die Bevölkerung. Das Deutsche Institut für Urbanistik fand jedoch heraus, dass die Mittelschicht immer weitere Teile der Innenstädte besetzt. Beliebte Metropolen wachsen unaufhörlich. Die alternden Städte halten da kaum Schritt. [...] **FOCUS online, 14.7.2010**

Der neue Aktivspielplatz im Rednitzgrund beim Badsteg erfüllt seinen Zweck, Menschen in Bewegung zu bringen. Auch vor

dem befürchteten Vandalismus ist das im vergangenen Jahr eingerichtete Fitness-Studio unter freiem Himmel bislang verschont geblieben. [...] In den vergangenen drei Monaten haben sich unter anderem 15 Kinder aus der westlichen Innenstadt mit dem Angebot vertraut gemacht. [...] Dass es ihnen Spaß machte, zeigte schon die rege Beteiligung – selbst bei Schmuttelwetter und Hitze. Allerdings mussten viele Kinder von daheim abgeholt und wieder nach Hause gebracht werden. Ermöglicht wurde dieser Aufwand im Rahmen des Gesundheitsprojekts „Mehr als gewohnt – Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung in der Fürther Innenstadt“. Es war Teil eines seit zweieinhalb Jahren laufenden Forschungsprojekts des Deutschen Instituts für Urbanistik und wurde von Krankenkassen gefördert. [...] **Fürther Nachrichten, 8.7.2010**

[...] Vom Niedergang städtischer Plätze, Passagen und Parks, wie ihn Forscher noch vor wenigen Jahren beklagten, kann kaum mehr die Rede sein. Im Gegenteil: Inzwischen wird deren Attraktivität zum Problem. „Was wir heute erleben ist eine Übernutzung des öffentlichen Raums“, sagt Angela Uttke vom Deutschen Institut für Urbanistik. [...] Im Vergleich zur Elterngeneration habe sich unser Leben radikal verändert. „Wir haben heute mehr Freizeit und flexiblere Arbeitszeiten, was sich auch auf die Nutzung des öffentlichen Raums niederschlägt“, sagt Urbanistin Uttke. [...] Uttke vom Deutschen Institut für Urbanistik ist überzeugt, dass die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums zu den Hauptproblemen zählt. „Von der Nutzung der Cafés oder den heute so beliebten Strandbars sind finanziell chronisch klamme Jugendliche meist ausgeschlossen“. [...] Von Zwangsmaßnahmen wie einer Dauerbeschallung mit lauter Musik oder dem Einsatz von Flutlicht hält Angela Uttke wenig. „Eine solche Lösung ist vielleicht charmant, weil sie schnelle Abhilfe verspricht. Die Ursachen des Problems beseitigt sie jedoch nicht“. Das Publikum würde meist nur in angrenzende Stadtquartiere ausweichen. [...] **Berliner Zeitung, 4.7.2010**

Gesundheitsförderung in den Kommunen ist in NRW keineswegs ein neues Thema, dies gilt insbesondere für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen. Neu ist jedoch die konsequente Verknüpfung mit einem stadtteilbezogenen Ansatz, den die Arbeitshilfe in vielfältiger Weise aufgreift. Eine knappe Einführung bietet zunächst eine Zusammen-

fassung der wichtigsten theoretischen Grundlagen und Aspekte der stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung. In den Folgekapiteln werden strategische und thematische Handlungsfelder der Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen in den Fokus gerückt sowie deren Umsetzung anhand zahlreicher Guter-Praxis-Beispiele aus verschiedenen Kommunen illustriert. [...] Wer als Akteur auf der Suche nach Anregungen und Orientierung für die praktische, gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung vor Ort ist, dem bietet sich eine zuverlässige Arbeitshilfe. **Rheinisches Ärzteblatt, 7/2010**

Seit einigen Jahren ist von der Renaissance der Innenstädte die Rede. Wie eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin zeigt, scheint aus dem Trend eine langfristige Entwicklung zu werden. „Vor allem bei Familien und Älteren zeigt sich eine sehr große Nachfrage“, sagt Gregor Jekel, der beim Difu für Stadtentwicklung zuständig ist. In der Studie hat das Difu sieben unterschiedlich große Städte von Schwäbisch Gmünd bis Köln empirisch und mit Hilfe von Experteninterviews unter die Lupe genommen. Dabei zeigt sich, dass bei den Bewohnern der großen Städte die Nachteile, wie etwa eine höhere Kriminalität, gegenüber den Chancen des Zusammenlebens kaum noch wahrgenommen werden. [...] **Stuttgarter Zeitung, 25.6.2010**

[...] Klaus Beckmann, Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik, sprach sich für eine Pkw- sowie eine Lkw-Maut ab 3,5 Tonnen Fahrzeuggewicht aus. Heute wird die Abgabe erst ab zwölf Tonnen erhoben. Beckmann sagte, er bevorzuge die elektronische Vignette, wie Ages sie einführen will, gegenüber dem satellitengestützten System, das für die Lkw-Maut eingesetzt wird. Bei der elektronischen Vignette liegen die Erhebungskosten laut Ages bei 200 Mio. Euro, beim Satellitensystem bei mehr als 1 Mrd. Euro. 800 Mio. Euro Mauteinnahmen will Ages von ausländischen Pkw-Fahrern kassieren. Im Gegenzug könnte Deutschland die Mineralölsteuer senken, was den Tanktourismus eindämmen würde. [...] **Financial Times Deutschland, 16.6.2010**

Investitionsstau steigt weiter. Nach einer soeben erschienen Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) beläuft sich der kommunale Investitionsbedarf 2009 auf 85 Milliarden Euro. Für die Zukunft sei von einem „wachsenden Investitionsrückstand“ auszugehen, erklärte Dr. Busso Grabow vom Difu bei der Vorstellung ver-

gangene Woche in Berlin. Fast 70 Prozent der befragten Kommunen befürchten für 2010 demnach eine noch kritischere Finanzsituation. **Behördenpiegel 14.6.2010**

Arne Koerdt, der als Leiter der Fahrradakademie am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) Verkehrsplaner schult, teilt diese Diagnose. „Es ist mit das Schwerste, Radfahrer sicher durch die Stadt zu bringen.“ Berlin sei – im Vergleich zu anderen Städten – relativ weit, manche Bezirke aber weiter als andere. Entscheidend bei jeder Planung sei freier Blick: „Was man sieht, fährt man nicht um.“ Diese Intention verfolgen die Behörden, wenn sie Radspuren vom Gehweg auf die Straße verlegen. Dazu kommt für Koerdt: „Risikokompetenz: Autofahrer müssen wissen, dass Radler nicht nur auf den Radweg gehören. Und Radler dürfen sich nicht einfach an wartenden Lastwagen vorbeidrängeln.“ Die Aktionen der Berliner Polizei gegen den toten Winkel seien gut, aber zu punktuell. „Bei der Mobilitätserziehung ist etwa Hamburg deutlich weiter als Berlin.“ **DER TAGESSPIEGEL, 6.6.2010**

[...] In 40 Jahren werden laut UN zwei von drei Menschen auf der Erde in Städten leben. „In absoluten Zahlen wird sich die Stadtbevölkerung bis 2050 von drei auf rund sechs Milliarden Menschen verdoppeln“, sagt Klaus Beckmann, Professor und wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin. Allein in den kommenden 15 Jahren werden laut den Vereinten Nationen acht neue Megacities von der Größe Londons oder Paris hinzukommen. Für Klaus Beckmann besteht kein Zweifel: „Städte sind die Lebensräume der Zukunft.“[...] Klaus Beckmann hält „soziale, organisatorische und politische Innovationen für mindestens genauso wichtig wie die technischen Neuerungen“. Als Vorbild für die organisatorischen Innovationen könnten Web-Communities Pate stehen. Menschen vernetzen sich in ihrem Umfeld, Entscheidungen werden aus übergeordneten Verwaltungen in Stadtteile oder Nachbarschaften verlagert. [...] **HaysWorld, Juni 2010**

[...] Die Autoindustrie verwendet alljährlich Millionen-, wenn nicht Milliardenbeträge, um ihren (schwindenden) Kunden das Autofahren schmackhaft zu machen. [...] Von diesen Budgets können die Fahrrad- und die Schuhindustrie nur träumen. „Eine bundesweite Imagekampagne für das Fahrrad fordern wir seit den achtziger Jahren“, sagt Tilman Bracher vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu/Berlin). **Aktiv Radfahren, 6/10**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) GmbH, Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Dörte Maasch (Praktikantin)
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (verantwortl.)
Stephanie Zachareck (Praktikantin)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichtervertreiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

<http://www.difu.de/newsletter>

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 36

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P & R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de. Anschrift s.o.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. einmal im Monat).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Mehr Gesundheit im Quartier**

Prävention und Gesundheitsförderung
in der Stadtteilentwicklung
Von Bettina Reimann, Christa Böhme und Gesine Bär
2010. Bd. 9. 196 S., 29,- Euro, ISBN 978-3-88118-472-4

__ Expl. Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Von Gregor Jekel, Franciska Frölich von Bodelschwingh,
Hasso Brühl und Claus-Peter Echter
2010. Bd. 8. 352 S., zahlr. Abb., 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-475-5

wieder lieferbar:

__ Expl. Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse?

Fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn- und
Gewerbegebieten
Von Michael Reidenbach u.a.
2007. Bd. 3. 232 S., zahlreiche Abb., Tab. und Übers.,
28,- Euro, ISBN 978-3-88118-432-8

Difu-Impulse**__ Expl. Tausend Mal „warum?“ Verbesserung der Bildungsqualität in vorschulischen Einrichtungen**

Fachtagungs-Dokumentation
Hrsg. Klaus J. Beckmann und Kerstin Landua
Bd. 3/2010. 130 S., zahlreiche Abbildungen,
Schutzgebühr 18,- Euro, ISBN 978-3-88118-487-8

__ Expl. Einfaches und wirtschaftliches Parkraummanagement

Eine Fallstudie in Berlin
Von Michael Lehmbruck u.a.
Bd. 2/2010. 214 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-485-4

__ Expl. Kooperationen im kommunalen Energiemanagement

Dokumentation des 14. Deutschen Fachkongresses der
kommunalen Energiebeauftragten
Hrsg. Cornelia Rösler
Bd. 1/2010. 196 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-482-3

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem BauGB**

Hrsg. Arno Bunzel, Autoren Anton Strunz und
Marie-Luis Wallraven-Lindl
2010. 188 S., Schutzgebühr 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-486-1

__ Expl. Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil

Von Gesine Bär, Christa Böhme und Bettina Reimann
2009. 232 S., vierfarbig, Schutzgebühr 33,- Euro
ISBN 978-3-88118-471-7

__ Expl. Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

Von A. Bunzel, H. Janning, S. Kruse und G. Kühn
2009. 260 S., teilw. farbig, Schutzgebühr 33,- Euro
ISBN 978-3-88118-462-5

Sonderveröffentlichungen**__ Expl. Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz**

Fachtagungs-Dokumentation
Von Karsten Wessel und Jens Libbe (Hrsg. IBA Hamburg
GmbH und Forschungsverbund netWORKS)
2010. 124 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und
Abbildungen, kostenlos
ISBN 978-3-942218-09-2

__ Expl. Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement – Methoden und Konzepte

Hrsg. S. Frerichs, M. Lieber und T. Preuß
2010. Beiträge aus der REFINA-Forschung,
Reihe REFINA Band V, 258 S., vierfarbig,
zahlr. Abb., Tab. und Übers., kostenlos,
ISBN 978-3-88118-444-1

__ Expl. Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen

Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik
(Autorinnen: Vera Lorke, Cornelia Rösler)
2010. 280 S., vierfarbig, Schutzgebühr 12,- Euro
ISBN 978-3-88118-464-9

__ Expl. Kommunaler Klimaschutz 2009

Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Konzepte
Hrsg. „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“
beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)
2010. 110 S., vierfarbig, kostenlos

Zeitschriften**__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 1/2010: Der Wettbewerb
Groß-Berlin 1910 im internationalen Kontext
132 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo 16,- Euro

__ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften

Heft II/2009: Prekarität, Segregation und Armut
im Sozialraum, 100 S., 20,- Euro, ISBN 978-3-88118-481-6